



des
Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: xxxxxxxxxxxxxxxx
E-mail: xxxxxxxxxxxxxxxx@wiesbaden.de

Wiesbaden, 22.11.2007

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
am Dienstag, 27. November 2007, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 107 (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 30.10.2007

2. **07-F-25-0121**
Veränderungen auf dem anonymen Grabfeld des Südfriedhofs
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP vom
21.11.2007

Der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

Stimmt es, dass der Magistrat das Grabfeld für Sammelbestattungen von Kindern auf dem Südfriedhof durch Dritte umgestalten ließ?

Wurden dabei die von den HSK gestiftete Statue entfernt und weitere Veränderungen vorgenommen? Wenn ja, welche?

Hat die Friedhofsverwaltung entsprechende Nachfragen betroffener Eltern mehrere Wochen lang unbeantwortet gelassen?

3. 07-F-22-0005

Illegale Spraydosen

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 21.11.2007

Der Ausschuss Umwelt und Sauberkeit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. ein Aktionsprogramm zur Bekämpfung illegaler Sprayaktionen aufzulegen und als Konzept den städtischen Gremien zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen. Dieses Konzept muss deutlich machen, dass Verursacher illegaler Sprayaktionen konsequent verfolgt werden und sie den legalen Graffiti-Künstler in der Öffentlichkeit im Ansehen schaden. Geschädigte Eigentümer erhalten von der Landeshauptstadt Wiesbaden auch weiterhin Unterstützung beim Entfernen der illegalen Graffiti.
2. keine gezielte und unmittelbare Unterstützung von Spray-Aktivitäten zu gewähren.
3. zu berichten, in welcher Höhe 2007 Haushaltsmittel mittelbar oder unmittelbar in die Sprayer-Förderung geflossen sind - sowie die im Haushalt 2008 für diesen Zweck veranschlagten Mittel auf das Budget des Dezernates für Umwelt, Kultur und Hochbau in den Bereich der Kunstförderung zu übertragen.

Der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit stellt fest:

1. Es besteht Einvernehmen darüber, dass von der Stadt geförderte Institutionen legale Graffiti-Aktionen auch weiterhin durchführen oder sich daran beteiligen dürfen. Im Rahmen der Kulturparkflächen können im Eigentum der Stadt befindliche Wandflächen im Bereich des Schlachthofs und seines Umfelds (Kulturpark - aktiver Teil) für Graffiti-Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden. Das Verbot unmittelbarer Unterstützung durch die Stadt stünde z.B. einer Förderung der Aktion Farbenfroh nicht entgegen.
2. Hauseigentümer, öffentliche wie private, haben ein Recht auf die Unversehrtheit „ihrer“ Wände. Daher spricht sich der Ausschuss gegen illegale Graffiti oder andere Formen der Sachbeschädigungen aus.

4. 07-F-01-0127

Lärmschutz in Wiesbaden

Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 21.11.2007

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

- welche Projekte der Prioritätenliste zu Lärmschutzmaßnahmen (Lärminderungsplanung) in Wiesbaden realisiert wurden,
- welche Vorhaben dementsprechend noch offen sind - und warum,
- welche Lärmschutzmaßnahmen der Magistrat in den nächsten Monaten vorschlagen will.

Ein schriftlicher Bericht wird bis zur Sitzung des Ausschusses am 22. Januar 2008 erwartet.

5. 07-F-01-0128

Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte in Wiesbaden

Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 21.11.2007

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob es möglich ist, in der Scheune des Hofgutes Fasanerie Voraussetzungen für die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte von Wiesbadener Landwirten zu schaffen.

6. 07-F-01-0129

Auswirkungen des Ausstoßes von Schadstoffen (NO_x) durch das geplante Kohlekraftwerk

Ingelheimer Aue / Mögliche Belastungen für Wiesbaden

Antrag der SPD - Stadtverordnetenfraktion vom 21.11.2007

Vorbemerkung:

Mit dem Bau eines Kohlekraftwerkes auf der Ingelheimer Aue würden pro Jahr prognostizierte 376 kg/h Stickoxide (NO_x) in die Luft emittiert - vom CO₂ gar nicht zu sprechen. Das wären fast 100 Kilogramm NO_x pro Stunde mehr als bisher.

Gleichzeitig gilt für NO_x ab dem 1. Januar 2010 ein wesentlich strengerer Grenzwert: So darf der Grenzwert für Stickstoffdioxid (NO₂) von 200 µg/m³ höchstens 18 Mal pro Jahr überschritten

werden. Sollte dieser Wert überschritten werden, ist die Kommune verpflichtet, Abhilfe zu schaffen.

Angesichts dieser Tatsachen möge der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- ob er an den maßgeblichen Messstationen in Wiesbaden mit einer erhöhten NO_x-Belastung rechnet, falls das geplante Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue als Emittent hinzukommt,
- ob dies Konsequenzen für den Maßnahmenplan des Luftreinhalteplanes hat. Und wenn ja, sind diese Maßnahmen der Stadt auf die Regelungen des Autoverkehrs beschränkt, oder gibt es weitere?

7. 07-F-25-0123

Umbau des städtischen Fuhrparks

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP vom 21.11.2007

Der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

- wie viele Ersatzbeschaffungen des städtischen Fuhrparks in welchen -
- wie viele dieser Ersatzbeschaffungen sind erdgasbetriebene Fahrzeuge.
- aus welchen Gründen in den restlichen Fällen die Entscheidung zu Gunsten einer anderen Antriebstechnik ausfiel.
- ob entsprechend des o.g. Beschlusses auch die Nutzung von Fahrzeugen geprüft bzw. umgesetzt wurde, die mit Biodiesel oder anderen Treibstoffen aus nichtfossilen Energieträgern betrieben werden.

Damit der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.11.2006 zügig umgesetzt wird, wird der Magistrat aufgefordert, auf alle Dezernate einzuwirken, für die eine Ersatzbeschaffung in Frage kommt.

8. 07-F-03-0010

Fahrservice auf Friedhöfen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 15.11.2007

Fahrservice auf Friedhöfen

Die Friedhofsverwaltung Kassel bietet, wie auch einige andere größere Städte, auf dem Hauptfriedhof den Service eines „Friedhofstaxis“ an. Dieser Fahrservice bringt Friedhofsbesucher auf Wunsch zu ihrem Ziel auf dem Friedhof, z.B. zu Grabstätten von Verwandten und Freunden.

Das überdachte Elektrofahrzeug bietet Platz für drei Fahrgäste. Der Fahrservice ist in erster Linie für ältere und gehbehinderte Menschen gedacht, aber auch für Besucher, die viel zu transportieren haben, wie Graberde, Pflanzen und Gartengeräte.

Der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen,

ob die Einführung eines Fahrservice auch für Wiesbadener Friedhöfe umsetzbar ist und welche Kosten (Fahrzeug, Fahrerinnen und Fahrer) für die Stadt dadurch entstehen würden.

9. 07-F-25-0124

Feldschutz

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 21.11.2007

Vorbemerkung:

Der Feldschutz ist im Hinblick auf die Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit sowie den Landschaftsschutz eine Einrichtung von zentraler Bedeutung. Insofern ist die Fortführung des Feldschutzes im Außenbereich eine notwendige Aufgabe.

Die Müllablagerungen oder Wegenutzung durch unbefugte Dritte nimmt immer mehr zu und führt zwangsläufig zu Konflikten zwischen den Landwirten und den Erholungssuchenden. Der Feldschutz ist das geeignete Instrument, um diesem Problem entgegenzuwirken.

Deshalb möge der Ausschuss Umwelt und Sauberkeit beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Tätigkeiten im Auftrag des Umweltamtes verrichtet werden,
2. ob personelle Veränderungen bekannt oder absehbar sind und welche Probleme beim Ausscheiden von Mitarbeitern (bei Ruhestand; Altersteilzeit etc.) entstehen,
3. ob sonstige Alternativen denkbar sind, damit der Feldschutz gesichert und fortgeführt wird und welche Konzepte andere Kommunen umsetzen.

10. 07-F-01-0103

Streuobstwiesen in Wi-Frauenstein

Sachstandsbericht

11. 07-F-01-0038

Wasserqualität im Schiersteiner Hafenbecken

hier: Projektskizze Stichkanal

Beschlüsse des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nrn. 0075 vom 24.04.2007 und 0150 vom 04.09.2007

ANLAGE

12. 07-F-07-0001

Vogeltd am Bowling Green

Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0010 vom 23.01.2007

ANLAGE

13. 07-A-20-0008

Aktuelles aus dem Magistrat

14. 07-V-64-0010

DL 46/07-3

Ausbau des Energiemanagements in der Landeshauptstadt Wiesbaden

15. 07-V-61-0032

DL 45/07-2

Bebauungsplanentwurf "Am Allersberg - Kantstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg
- Aufstellungs- und Offenlagebeschluss -

16. 07-V-61-0030

DL 45/07-4

Bebauungsplan "Grünzug Industriepark" im Ortsbezirk Biebrich
- Beschluss über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes -

17. 07-V-61-0029

DL 45/07-3

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Grünzug Industriepark" im Ortsbezirk Biebrich
- Entwurfs- und Offenlagebeschluss -

18. 07-V-61-0051

DL 45/07-5

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Hinterbergstraße" im Ortsbezirk Igstadt;
Einleitungsbeschluss und Beschluss zur öffentlichen Auslegung

19. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **07-V-36-0032** **DL 46/07-9**
Sanierung ehem. Gaswerk Bahnhofstraße

2. **07-V-05-0011** **DL 46/07-7**
Projekt: Aufwertung von städtischen Grünanlagen mit hoher Freizeitnutzung und von Kinderspielflächen

3. **07-V-36-0028**
Verteilung der Mittel aus der Tronc-Abgabe für den Bereich Umwelt 2007
Der Magistratsbeschluss vom 20.11.2007 wird nachgereicht.

ANLAGE

4. **07-F-01-0035**
Biogas-Anlagen in Wiesbaden und Umgebung
Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0072 vom 24.04.2007

ANLAGE

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Reinhardt
Vorsitzende